

Konzept Nachhaltigkeit

*Vorlesungsreihe der München Hochschulen
„Nachhaltigkeit. Hoffnung – Handlung – Wandlung“,
München, Amerikahaus 29.11.2011*

Prof. Dr. Markus Vogt, LMU

Einführung: Hoffnung – Handlung – Wandlung

„Hoffnung – Handlung – Wandlung“ formuliert der Titel dieser Vorlesungsreihe verheißungsvoll. Bei so hoffnungsfrohem Wohlklang wird der Wissenschaftler misstrauisch:

Seit dem steilen Aufstieg des Begriffs zur Leitformel für globale Zukunftspolitik beim Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio den Janeiro sind wir nicht entscheidend vorangekommen. Man kann zu Recht den Verdacht hegen, dass das auch mit der Unschärfe des mainstream-Konzeptes Nachhaltigkeit zusammenhängt. Ist die Unverbindlichkeit des Begriffs der tiefere Grund für seine Beliebtheit? Steht Nachhaltigkeit für eine Rückkehr der Utopie in die politische Rhetorik? Die Erfahrungen von zwei Jahrzehnten Umwelt- und Entwicklungspolitik unter dem Titel Nachhaltigkeit sind ambivalent.

Es gibt zwei Reaktionsmöglichkeiten: Entweder man verabschiedet sich von dem „Gummibegriff“. Oder man versucht, ihn genauer zu definieren, also einzugrenzen. Die heutige Veranstaltung versucht den zweiten Weg.

Ich will meinen Beitrag dazu anhand von acht Dimensionen der Nachhaltigkeit leisten. Exemplarisch will ich acht neuralgische und klärungsbedürftige Punkte des wissenschaftlichen und politischen Konzeptverständnisses benennen: 1. ökologisch, 2. politisch, 3. ethisch, 4. sozioökonomisch, 5. demokratisch; 6. kulturell, 7. theologisch, 8. zeitpolitisch.

1. Ökologisch: Forstwirtschaftliche Impulse für Gemeinwohldenken

Verbreitung fand das Regulationsprinzip der Nachhaltigkeit über die europäische Forstwirtschaft: Dem Holznotstand im 16. Jahrhundert suchte man mit Verordnungen zu begegnen, die nur so viele Bäume abzuholzen erlaubten, wie neu gepflanzt wurden. Begrifflich findet sich der Terminus „nachhaltig“ erstmals 1713 in einer forstwirtschaftlichen Regel (Carlowitz 2000; Schanz 1996; Diefenbacher 2001, S. 58-72).

Die Herausbildung des Begriffs ist vor allem von theoretischen Lehrbuchüberlegungen und geistesgeschichtlichen Impulsen der Aufklärung geprägt. So konnte er sich schnell

in Europa verbreiten, insbesondere im Kontext des Kameralismus, durch den er die bis heute prägende Orientierung auf das Staats- und Gemeinwohl übernahm (Münk 1999, S. 228). Das Gemeinwohlkonzept ist von Anfang an konstitutiv für das Verständnis von Nachhaltigkeit.

Carlowitz verwendet „nachhaltig“ als Gegenbegriff zu „nachlässig“. Es geht nicht um ein passives Begrenzungsprinzip, sondern um optimale Anpflanzung und Pflege der zum jeweiligen Boden passenden Bäume in robusten Mischkulturen. Es geht um aktive und innovative Gestaltung, nicht bloß um Grenzen dessen, was erlaubt bzw. verboten ist.

Verallgemeinert man das Prinzip der Nachhaltigkeit als Regel für den Umgang mit natürlichen Ressourcen insgesamt, bedeutet es: Das Ressourceneigentumsrecht einer Generation ist nie unbeschränkt, sondern trägt immer den Charakter eines *usus fructus*, eines Rechts, sich die Erträge anzueignen, solange die Ertragskraft als solche erhalten bleibt. Weil der Mensch die Natur nicht geschaffen hat, kann er auch nicht in einem emphatischen Sinn ihr Eigentümer sein (Weikard 2001, S. 41; Höffe 1993, S. 185, mit Verweis auf Pufendorf, Descartes und Karl Marx). So formulierte es bereits der liberale Philosoph John Lock im 17. Jahrhundert.

Bekannt ist diese Denkfigur heute insbesondere durch die monotheistischen Religionen mit ihrem Hinweis auf Gott als dem eigentlichen Eigentümer der Schöpfung. Über alte indianisch-mythische Naturkonzepte nach dem Motto „Wir haben die Erde nur von unseren Nachkommen geliehen“ haben vergleichbare Vorstellungen in jüngster Zeit Eingang in die Verfassungen verschiedener lateinamerikanischer Staaten gefunden (vgl. www.iass-potsdam.de: public lecture series „A Different Kind of Development? Perspectives from Latin America“).

Die Kurzformel der forstlichen Nachhaltigkeit lautet einprägsam: „Nicht mehr verbrauchen, als nachwächst.“ Dies kann man auch ökonomisch umschreiben als „von den Zinsen und nicht vom Kapital leben“ und als Maßstab finanzieller Nachhaltigkeit gegen die Schuldenkrise in Stellung bringen (so in den „goldenen Regeln zur Haushaltsstabilisierung“; Bundesregierung 2008, S. 24-27).

Doch bei aller Begeisterung für die vielseitige Verwendbarkeit der Nachhaltigkeitsformel sollte man sich bewusst bleiben, dass es sich dabei meist um metaphorische Übertragungen einer in dieser abstrakten Allgemeinheit recht banalen bäuerlich-forstwirtschaftlichen Erhaltungsregel handelt. Wenn man vom Naturbezug sowie von der Komponente aktiver Gestaltungspflicht abstrahiert, verliert das Konzept seine Substanz. Kern der Nachhaltigkeit ist kreative Einbindung der Wirtschaft in ökologische Stoffkreisläufe und Zeitrhythmen (Ott/Döring 2004; Detzer u.a. 2007, S. 247-256).

2. Politisch: Nachhaltigkeit als Querschnittspolitik

Bei der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 hat sich die Völkergemeinschaft auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung verständigt und dieses in weit ausgreifender Hoffnung und Selbstverpflichtung als „Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert“ (Agenda 21) definiert. Im Kontext der UN fand eine Neuprägung des Verständnisses von Nachhaltigkeit statt. Innovativ war vor allem die Verknüpfung der Themen Umwelt und Entwicklung sowie ihre Integration in alle Politikfelder. „Sustainable development“ wurde so zu einem umfassenden Leitbild globaler Partnerschaft (Heins 1997, S. 37; BMU 1992, S. 9-17).

Die systematische Akzentuierung der vielschichtigen Zusammenhänge von ökologischen, sozialen und ökonomischen Faktoren ist der Kern dieses Zugangs zu Nachhaltigkeit (BMU 1992, bes. S. 58-67). Es wird meist zusammenfassend als „Dreisäulenkonzept“ bezeichnet. Es geht um Integration, Balance und Vernetzung. Gesamtvernetzung, Retinität, nennt der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Gutachten von 1994 die konzeptionelle umweltethische Grundidee von Nachhaltigkeit und stellt einen Bezug zu Steuerungsproblemen vernetzter komplexer Systeme her. In der Planungspraxis ist als Pendant hierzu oft von Querschnittspolitik die Rede.

Hinter diesem Verständnis steckt zugleich eine tiefe Wahrheit und eine grundlegende Gefahr: Richtig ist, dass der entscheidende strategische Punkt von Nachhaltigkeit darin liegt, die Umweltpolitik aus ihrer Isolierung zu befreien und so vom nachsorgenden Reparaturverhalten in eine zielorientierte Programmatik zu wandeln, also in sozioökonomische Entwicklungskonzepte zu integrieren. Der defensive Schutz von Naturreservaten oder gegen Gesundheitsrisiken ist zu wenig.

Missverstanden wird das Dreisäulenkonzept jedoch, wenn man damit eine Gleichwertigkeit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem behaupten will. Das sind völlig unterschiedliche Bereiche, die man nicht eins zu eins vergleichen kann. Man vergleicht Äpfel mit Birnen und kommt in der Wertung zu willkürlichen Aussagen (zur Kritik am Dreisäulenkonzept SRU 2002, Nr. 9-19; Ott/Döring 2004; Vogt 2009, 134-153; Eckard 2011).

Wer Nachhaltigkeit als Summe aus sozialen, ökologischen und ökonomischen Ziele definiert verfällt dem maximalistischen Fehlschluss. Meine Definition ist viel begrenzter: Es geht nicht um die Summe, sondern um die Wechselwirkung zwischen diese drei Bereichen. Es geht nicht um die Gesamtheit aller ökologischen, sozialen und ökonomischen Probleme, sondern um systemisches Denken angesichts der „Vergesellschaftung von Umweltproblemen“ (Beck).

Das ist ein erheblicher Unterschied, wie ein konzeptioneller Blick auf die deutsche, die bayerische oder auch die baden-württembergische Nachhaltigkeitsstrategie verrät: Man

gewinnt den Eindruck, dass Nachhaltigkeit als Etikett für alles Lobenswerte verwendet wird, mit dem man die jeweilige Politik in nahezu allen Feldern als ethisch hoch stehend darstellt. Das liest sich gut, verändert aber nichts.

Meine Konsequenz aus dieser Analyse zu den verschiedenen Dialogprozessen für die Nachhaltigkeitsstrategien auf nationaler oder Länderebene ist folgende: Die Kritik der Unverbindlichkeit, die meist im Mittelpunkt steht, ist berechtigt, aber die daraus abgeleitete Forderung nach Indikatoren, um behauptete Erfolge kontrollierbar und messbar zu machen, springt zu kurz. Mir scheint, dass auf einer viel grundlegenden Ebene Unklarheit besteht. Der zugrunde liegende Begriff von Nachhaltigkeit ist zu weit, deshalb werden die Konzepte diffus und fassadenhaft. Indikatoren sind sinnvoll, ersetzen aber nicht die konzeptionelle Basis.

3. Ethisch: Intergenerationelle und globale Gerechtigkeit

Das Nachhaltigkeitskonzept von Rio setzt in seiner Argumentationslogik nicht spezifisch ökologisch an. Stattdessen gründet es in der Erweiterung des Verständnisses von Gerechtigkeit auf weltweite und generationenübergreifende Dimensionen (globale und intergenerationelle Gerechtigkeit). Dies ist eine logische Konsequenz der Globalisierung, deren räumliche und zeitliche Entgrenzung wirtschaftlicher und sozialer Interaktionen eine entsprechende Erweiterung der Ethik erfordert (Höffe 1993, S. 179-195).

Der wissenschaftliche Streit beginnt mit der Frage, ob Gerechtigkeit egalitaristisch als Gleichheit interpretiert werden soll. Wenn man es befürwortet (wie z.B. die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die 1996 vom Wuppertalinstitut erstellt wurde), ergeben sich zwei ethischen Grundpostulate: 1. gleiche Lebenschancen für künftige Generationen, 2. gleiches Recht auf global zugängliche Ressourcen.

Angesichts der tiefen Unterschiede an geographischen, kulturellen und historischen Voraussetzungen, unter denen Menschen leben, halte ich diese Gleichheitspostulate für höchst problematisch. Die ethische Diskussion ihrer Differenzierung und Eingrenzung wofür im englischen Sprachraum der Begriff equity, Fainess, Billigkeit hilfreich ist, jedoch keineswegs die philosophischen Grundlagenproblem löst (vgl. Diefenbacher 2001, S. 41-57 und 72-91; Wulsdorf 2005; Vogt 2009, S. 386-426) wäre ein eigener Vortrag. Hier nur so viel: In entscheidenden Punkten – z.B. Recht auf CO₂-Emissionen – kann man auch mit nonegalitarischen Ansätzen (z.B. Krebs 2000; Pauer-Studer 2000) zu relativ ähnlichen Schlussfolgerungen kommen (Vogt 2010).

Jenseits des „Natursozialismus“ pauschaler Gleichheitspostulate (Sloterdijk 2009, S. 695f.) kann man das Postulat der intergenerationellen Zukunftsethik mit dem Grundsatz einer in der Generationenkette „phasenverschobenen“ Tauschgerechtigkeit begründen.

Diese fordert eine Vorsorge für die jeweils nächste Generation auf dem Niveau, das man selbst erhalten hat. Dies ist „nicht eine vage Solidaritätserwägung“, sondern eine unausweichliche Gerechtigkeitspflicht (Höffe 1993, S. 183). Zur Begründung kann man auch auf die Goldene Regel zurückgreifen: Bezogen auf die jeweils nächste Generation ist es ein elementares Gebot, dass die Elterngeneration der Kindergeneration nichts antut, was sie nicht selbst von ihrer Elterngeneration hätte erleiden wollen.

Weil sich Zukunft oft nicht ausrechnen lässt und die Bedürfnisse und Fähigkeiten künftiger Menschen nur unvollständig bekannt sind, sollte man der Freiheit einen hohen Stellenwert einräumen. Deshalb hilft die Idee einer Gleichverteilung der Ressourcen zwischen den Generationen in vielen Bereichen nicht weiter. Zielgröße sollte vielmehr sein, den Nachkommen eine Welt zu hinterlassen, die ihnen genügend Freiheitsräume und Mittel bietet, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen (Weikard 2001, S. 42f.). Dazu gehört auch die Förderung kultureller Kompetenzen für die Lösung unvorhergesehener Zukunftsprobleme durch Bildung und Wissenschaft. In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist gute Bildung für alle eine der wichtigsten Ressourcen für Zukunftsfähigkeit und damit ein Grundpostulat von Nachhaltigkeit und intergenerationeller Gerechtigkeit.

Um dem Postulat der globalen Gerechtigkeit ein Gesicht zu geben, ist das so genannte Umweltraum-Konzept hilfreich. Demnach liegt der „ökologische Fußabdruck“ (d.h. der durchschnittliche Raum- und Ressourcenverbrauch) der Deutschen zu ca. zwei Dritteln außerhalb des Landes (BUND/Misereor 1996, S. 26-53). In ihrem Millenniumsbericht geht die UNEP auf der Basis dieses Konzeptes davon aus, dass angemessene Entwicklungschancen für die Mehrzahl der Menschen in den ärmeren Ländern nur gesichert werden können, wenn die Industrienationen ihren Naturverbrauch langfristig um 90 % senken (UNEP 1999, S. 2 und S. 334-360; ähnlich BUND/Misereor 1996, S. 80).

Solche Zielsetzungen müssen nicht unrealistisch sein. So finden sich in Vergangenheit und Gegenwart zahlreiche Bereiche, in denen Entlastungen des „Naturverbrauchs“ im Sinne einer gezielten Schadstoff- oder Verbrauchsreduktion in ähnlicher Größenordnung gelungen sind, zum Beispiel durch die Verordnung von Filtern für Großfeuerungsanlagen der Industrie in den 1980er-Jahren, die Einführung des Katalysators oder das weltweite Verbot von FCKWs. Methodisch entscheidend ist, dass die Kategorie „Ressourcenverbrauch“ nicht pauschal diskutiert, sondern auf konkrete kritische Parameter bezogen und damit eingegrenzt wird.

Zentrale Bewährungsprobe für intergenerationelle Verantwortung ist heute CO₂-Gerechtigkeit. Auf der Basis eines menschenrechtlichen Ansatzes ergibt sich, dass Armutsbekämpfung systematisch integriert und ethisch vorrangig behandelt werden muss (vgl. dazu die Studie „Global, aber gerecht“, Potsdam-Institut für

Klimafolgenforschung/Institut für Gesellschaftspolitik München/Misereor/Münchner Rück-Stiftung 2010; das grundlegende Konzept hierfür wurde im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung erarbeitet, vgl. Baer/Athanasidou/Kartha 2007). Für die führenden Industrienationen heißt CO₂-Gerechtigkeit: mindestens 80 % Reduktion des CO₂-Ausstoßes bis 2050: Für Deutschland bedeutet das eine Reduktion von ca. 10 auf 2 t pro Person und Jahr.

Wissenschaftlich gesehen braucht Klimagerechtigkeit vor allem eine Verbesserung der Informations- und Berechnungsbasis zu den CO₂-Kreisläufen (z. B. Einbeziehung von Flugbenzin sowie der Senkenfunktion von Wäldern und Boden) sowie belastbare Analysen zu den Funktionsbedingungen von Märkten zum Emissionshandel, auf dem viele Hoffnungen auf einen Kurswechsel zu nachhaltiger Energieversorgung ruhen.

4. Sozioökonomisch: Operationalisierungen des Nachhaltigkeitsprinzips

Der Grundsatz intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit konkretisiert sich in dem Bemühen um die Erhaltung des „natürlichen Kapitalstocks“. Dessen Begrenztheit ist einer der maßgeblichen Engpässe für humane Lebens- und Entwicklungschancen der nachkommenden Generationen.

Die konzeptionelle Diskussion um das Theorem des natürlichen Kapitalstocks läuft entlang der beiden Konzepte „starke Nachhaltigkeit“ und „schwache Nachhaltigkeit“, wobei das zweite Substitutionen von Naturkapital durch ökologische, soziale oder ökonomische Wertschöpfung zulässt, die erste Interpretation dagegen nicht (Münk 1999; Ott/Döring 2004).

Das Postulat der „starken Nachhaltigkeit, dem sich auch der SRU angeschlossen hat (SRU 2002, 9-19), ist insofern für das Verständnis von Nachhaltigkeit von entscheidender Bedeutung, als es dem lange vorherrschenden Missverständnis des Dreisäulenkonzept, das ich oben angesprochen haben, entgegentritt. Die vermeintliche Substituierbarkeit der unterschiedlichen Kapitalformen von Ökologie, Ökonomie und Sozialem hat dazu geführt, dass das Konzept der Nachhaltigkeit beliebig und leer wurde.

Die Erhaltung des natürlichen Kapitalstocks darf nur sehr eingeschränkt als etwas betrachtet werden, das durch ökonomische Wertschöpfung kompensiert werden kann. Dies ist schon deshalb geboten, weil die Messgrößen für wirtschaftlichen Fortschritt in Zeiten der virtuellen Geldschöpfung sowie der offensichtlichen Fragwürdigkeit des Bruttoinlandproduktes als Wachstumsindikator erhebliche blinde Flecken hat.

Allerdings gibt es ein methodisches Problem. Der Begriff „Ressource“ wird im Modell der starken Nachhaltigkeit als vorsoziale Tatsache vorausgesetzt. Aber als Ressource ist etwas erst definierbar, wenn es eine Nutzungsperspektive gibt. Wenn man

Wasserstoffmotoren erfindet, wird Wasserstoff zur Ressource, Der Begriff ist von daher eine abhängige Variable von technischen und sozialen Innovationen. Man kann auch Ressourcen mehren. Wenn man dies unterschlägt, degeneriert Nachhaltigkeit zum passiven Begrenzungsprinzip.

Deshalb ist nach meiner Überzeugung die bisher diskutierte Alternative von starker und schwacher Nachhaltigkeit unterkomplex. Man muss genauer sagen, was man jeweils damit meint.

Bei dem Bemühen um eine Ökologisierung der Ökonomie ist zu beachten, dass das Nachhaltigkeitsprinzip im rein bio-ökologischen Sinn kaum auf das moderne Wirtschaftssystem übertragbar ist: So wäre beispielsweise die urbane Siedlungsweise weitgehend unzulässig, weil sich die Städte nicht selbst ernähren und insofern auch nicht nachhaltig sein können. Die umweltgeschichtlichen Untersuchungen von Frank Uekötter können das Misstrauen dagegen schulen, ideologisch aufgeladene Autarkievorstellungen, die in Deutschland besonders in der Zeit des Nationalsozialismus Konjunktur hatten, vorschnell auf das Nachhaltigkeitskonzept zu übertragen (Uekötter 2009, 18f).

Noch grundlegender formuliert Wolfgang Haber die „unbequeme Wahrheit der Ökologie“ (Haber 2010), dass in der Natur vorfindliche Modelle hier nur begrenzt als normativer Maßstab taugen: „Letztlich müssen wir anerkennen, dass die kulturelle Entwicklung der Menschheit, insbesondere im industriell-technischen Stadium, sich über die nachhaltige Organisation der Natur hinweggesetzt hat, und zwar irreversibel.“ (Haber 1994, S. 13). Gemessen als ökologischen Gleichgewichtsmodellen wäre der gesamte Zivilisationsprozess letztlich ein Störfaktor, den es zu eliminieren gilt. Auch evolutionär gesehen ist die Lebensentwicklung ein offener Prozess in der Spannung zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht, die Sukzessionen erzeugt.

Es wäre jedoch weder möglich noch sinnvoll, alle sozioökonomischen Prozesse der Gesellschaft nach einem naturalistischen Modell von Nachhaltigkeit umzugestalten. Ohne den Bezug auf gesellschaftliche Zielsetzungen und Interessen, die erst die Betrachtungsebene mit ihrer räumlichen und zeitlichen Struktur festlegen, wird Nachhaltigkeit inhaltsleer (Haber 2010, 48-65).

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass Nachhaltigkeit ein normatives Konzept ist, das der bewussten politischen Entscheidung bedarf und weder aus ökologischen noch aus ökonomischen Gleichgewichtsmodellen einfach funktional abgeleitet werden kann.

5. Demokratisch: Pluralismus, Partizipation und demokratische Innovation

Die Ausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung am Maßstab der Nachhaltigkeit erfordert umfassende Orientierungs- und Lernprozesse. Denn alle technischen

Optimierungen und politisch-strukturellen Maßnahmen bleiben auf die Dauer wirkungslos, wenn sie nicht auf eine entsprechende Kultur treffen. Die ökologische Bewusstseinsbildung sowie das Einüben entsprechender Handlungskompetenzen sind ein entscheidendes Element des vorsorgenden Umweltschutzes und der globalen Armutsbekämpfung. Deshalb ist Bildung ein Herzstück nachhaltiger Entwicklung.

Die konstruktive Dynamik einer zukunftsorientierten Anpassung sozioökonomischer Prozesse und kultureller Werte an die Bedingungen der Natur beruht wesentlich auf Innovationen. Sie ist nur im Rahmen eines Konzeptes möglich, das die unterschiedlichen Präferenzen, Weltbilder und Fähigkeiten in einer pluralistischen Gesellschaft anerkennt. Schon aufgrund dieser Offenheit kann das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung keine inhaltlich eindeutig festgelegte Zielbestimmung sein. Es ist vielmehr ein Zielsystem nicht aufeinander zurückführbarer Teilkomponenten, das eine zukunftsorientierte Gesamtperspektive bietet, um in den unterschiedlichen Situationen ethisch begründete und möglichst ausgewogene Zuordnungen auszuhandeln (Diefenbacher 2001, S. 98-105). Es stellt ein plurales Leitbild dar, das nur durch vielfältige gesellschaftliche Suchprozesse in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur konkretisiert werden kann.

Die Offenheit des Leitbildes der Nachhaltigkeit fordert zur verstärkten zivilgesellschaftlichen Mitgestaltung des öffentlichen Lebens auf. Dies ist die demokratische Leitidee der Agenda 21. Eine „teilhabende Demokratie“ (Agenda 21, Kapitel 27 sowie Teil drei [Kapitel 23-32]) ist nicht nur Mittel, sondern zugleich fundamentaler Inhalt des Konzepts nachhaltiger Entwicklung. Die aktive Mitgestaltung des jeweiligen Lebensraumes kann nicht von oben verordnet werden, sondern muss langsam wachsen. Durch Anerkennung und Mitgestaltung gedeiht Verantwortungsbewusstsein. Deshalb ist Partizipation ein ganz wesentliches Element des ethischen Prinzips der Nachhaltigkeit.

In Zeiten der politischen Kapitulation und Orientierungslosigkeit angesichts der großen Herausforderungen derzeit wie Klimawandel und Umweltdegradation, Finanzkrise oder globaler Hunger brauchen wir nicht nur einen arabischen Frühling, sondern auch einen Frühling der deutschen, europäischen und globalen Zivilgesellschaft im Engagement für Nachhaltigkeit. „Mehr bewegen! Partizipation als Weg zur Nachhaltigkeit“ war genau mit diesem Schwerpunkt das Thema des diesjährigen Münchner Beitrages zu den Hochschultagen für Ökosoziale Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit, die vor zwei Wochen (11.11.2011) an der Münchner Hochschule für angewandte Wissenschaften stattfanden.

„Nachhaltigkeit braucht einmischende Kooperation von Widersachern“ so formulierte dies Gesine Schwan, die auch im Rahmen unserer Vorlesungsreihe sprechen wird, bei ihrer Carl-von-Carlowitz-Vorlesung des Rates für Nachhaltige Entwicklung am 12. Oktober 2011 in Berlin.

6. Kulturell: Lebensstil und ein neues Wohlstandsmodell

Nachhaltigkeit steht nicht nur für ein sozialtechnisches Programm der Ressourcenschonung, sondern darüber hinaus für eine ethisch-kulturelle Neuorientierung. Das neuzeitliche Fortschrittsparadigma des unbegrenzten Wachstums ist durch die Leitvorstellung von in die Stoffkreisläufe und Zeitrhythmen der Natur eingebundenen Entwicklungen abzulösen. Als Fortschritt kann künftig nur bezeichnet werden, was von den Bedingungen der Natur mitgetragen wird (Korff 1997).

Nachhaltigkeit steht für eine neue Definition der Voraussetzungen, Grenzen und Ziele von Fortschritt: Statt „schneller, höher, weiter“ wird die Sicherung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Stabilität menschlicher Lebensräume (Renn 2008) zur zentralen Bezugsgröße gesellschaftlicher Entwicklung und politischer Planung.

Nachhaltigkeit kritisiert die Fixierung kultureller Vorstellungen des guten Lebens auf wirtschaftlich bestimmte Lebensziele. Eine „Kultur der Nachhaltigkeit“ erkennt Naturschutz als Kulturaufgabe und integriert Umweltqualität als fundamentalen Wert in die kulturelle, soziale, gesundheitspolitische und wirtschaftliche Definition von Wohlstand. Sie sind Ausdruck einer Wiederentdeckung der Ethik des Maßhaltens. Auf der gesellschaftlichen Ebene zielen sie auf ein neues ökologisches Wohlstandsmodell.

Denn die Chancen eines dauerhaften Wohlstandes sind für den Großteil der Menschen in den hoch entwickelten Volkswirtschaften heute nicht primär durch ein Mehr an Produkten und Erlebnisangeboten zu verbessern.

Ein nachhaltiger Lebensstil zielt nicht auf Wohlstandsverzicht, sondern auf intelligente, rohstoff- und umweltschonende Nutzungs- und Verteilungsstrukturen für möglichst viele Menschen einschließlich kommender Generationen. Langlebige und reparaturfreundliche Produkte, Reparieren statt Wegwerfen, Qualität durch maßgeschneiderte Dienstleistungen, gemeinsame Nutzung von Gütern fördern Arbeitsplätze, schonen Ressourcen und sparen häufig auch Geld.

Entsprechende politisch-rechtliche Rahmenbedingungen müssen diesen Übergang fördern. Das Modelle der Ökosozialen Marktwirtschaft (Ostheimer/Vogt 2004, S. 119f.; Weizsäcker u. a. 1995, S. 177-225), für das sich beispielsweise die Kirchen bereits 1985 stark gemacht haben, ist der notwendige ordnungspolitische Ausdruck des Konzepts Nachhaltigkeit.

Nachhaltig ist nicht die Maximierung von Wachstum, sondern die Optimierung von Lebensqualität und Teilhabechancen für möglichst viele. Nur ein ressourcenleichter Wohlstand ist gerechtigkeitsfähig. Als Maß- und Kontrollgröße hierfür kann der „Index of Sustainable Economic Welfare“ dienen, der Wohlstand nicht am Bruttosozialprodukt

misst, sondern an Kriterien eines umfassenden Konzeptes ökosozialer Entwicklung (Diefenbacher 2001, S. 133-170).

Eine wichtige Orientierung hierfür ist das Motto „Small is beautiful“ von Ernst Friedrich Schumacher, dessen hundertsten Geburtstag die nach ihm benannte Gesellschaft vor kurzem in München gefeiert hat – u. a. mit einem Festakt an der vom Jesuitenorden getragenen Hochschule für Philosophie. Die Suche nach einer neuen Balance zwischen Globalisierungs- und Regionalisierungsprozessen – die gegenwärtig in unterschiedlichen Bereichen beide Hochkonjunktur haben – halte ich für eine in hohem Maße politik- wie wirtschaftswissenschaftlich relevante Forschungsfrage der Nachhaltigkeit. In der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (Bundesregierung 2011) kommt dieser Aspekt kaum vor.

Der dringendste ökologische Handlungsbedarf und die größten finanziellen Einsparpotentiale für ein neues postfossiles und postnukleares Wohlstandsmodell liegen im Bereich der Energie (Bundesregierung 2010). Entscheidend ist hier die Verbindung von innovativer Technik, organisatorischer Optimierung sowie persönlichen Verhaltensänderungen und damit die Verknüpfung von drei Strategien: Suffizienz (Sparsamkeit), Effizienz (technische Optimierung) und Substitution (erneuerbare statt fossile Energie). Nur auf der Basis dieses Dreigestirns wird die Energiewende gelingen.

7. Theologisch: Schöpfungsglaube und Nachhaltigkeit

Das Worldwatch Institute in Washington geht davon aus, dass der „Kurswechsel“ der Weltgesellschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung gelingen kann, wenn die Religionen intensiv Mitverantwortung übernehmen. Die spezifisch religiösen Potentiale liegen in der spirituellen Orientierung, der langfristigen Ethik, der globalen Gemeinschaftsbildung, der rituellen Sinnstiftung und ihrer institutionellen Verankerung (Gardner 2003, S. 291-327). Diese werden bisher nur eingeschränkt aktiviert (Vogt 2009, S. 482-494).

Mit anderen Worten: Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist „religionsproduktiv“, indem er grundlegende Fragen nach langfristiger Zukunft und globaler Verantwortung stellt und von daher auch die Religionen kritisch nach ihrem Beitrag zur Problembewältigung befragt (Sloterdijk 2009). Als älteste globale Institution auf unserem Planeten ist die katholische Kirche in besonderer Weise beauftragt, für globale und intergenerationelle Gerechtigkeit einzutreten.

Der Brückenschlag zwischen Schöpfungsverantwortung und Nachhaltigkeit ist jedoch auch für die Kirchen ein mühsamer Lernprozess (und die katholische Kirche ist hier bisweilen besonders langsam): So wie der christliche Gedanke der Caritas Jahrhunderte lang nur tugendethisch verstanden und erst in der Verbindung mit dem

Solidaritätsprinzip politikwirksam wurde, so braucht der Schöpfungsglaube eine Übersetzung in ordnungsethische Kategorien, um politikfähig und justiziabel zu werden und die konkreten Konsequenzen in den organisatorischen Strukturen und wirtschaftlichen Entscheidungen deutlich zu machen.

Deshalb trete ich dafür ein, dass Nachhaltigkeit heute als viertes Sozialprinzip in der christlichen Ethik zu verankern ist. Künftig soll in allen theologisch-ethischen Lehrbüchern stehen, dass die freiheitliche Demokratie nicht nur auf den Werten der Personalität, Solidarität und Subsidiarität beruht, sondern ebenso auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Denn Nachhaltigkeit ist der kategorische Imperativ zeitgemäßer Schöpfungsverantwortung.

Aktuelle Forschungen des neuen "Institute for Advanced Sustainability Studies" (IASS), das unter der Leitung von Klaus Töpfer in Potsdam gegründet wurde, untersuchen den Rückgriff auf präkolumbianische Naturbegriffe in lateinamerikanischen Gesellschaften. Diese haben teilweise Eingang in die Verfassungen gefunden und sind wesentliche Orientierungspunkte für die Suche nach einem anderen, der Hoffnung nach weniger Natur zerstörenden Weg der Moderne. Auch wissenschaftlich ist es eine höchst spannende Frage, wie weit religiös konnotierte Naturvorstellungen mit der modernen wissenschaftlich-technisch geprägten und pluralistischen Kultur vereinbar sind und sinnvolle ethisch-politisch Orientierung geben können.

Wenn die Bedeutung des Glaubens in der Kontingenzbewältigung liegt (Luhmann 2000), dann ist der spezifische Beitrag der Theologie zu einem vertieften Verständnis von Nachhaltigkeit deren Transformation von einer Utopie (im Sinne des Versprechens einer omnipotenten globalen ökosozialen und ökonomischen Problemlösung für alle Bereiche) zu einem Deutungsrahmen für die Verarbeitung der Kontingenzerfahrungen unserer Kultur im Zerschlagen des neuzeitlichen Fortschritts Glaubens. Ohne eine solche transzendente, religiös-spirituelle Dimension – ob christlich oder nicht christlich – droht Nachhaltigkeit zur gefährlichen Ideologie zu werden (Reis 2003; Vogt/Uekötter/Davis 2009, S. 38-41).

Ein solcher Schöpfungsglaube, der mit einer gewissen Demut und Bescheidenheit auf die Grenzen des Menschen verweist, ist ein entscheidendes Korrektiv zu manchen Interpretationen des Konzeptes der Nachhaltigkeit, die daraus die Leitutopie des 21. Jahrhunderts für ein globales ökosoziales und ökonomisches Management machen. Ohne die Tiefendimension einer kritischen Anthropologie und Naturphilosophie wird Nachhaltigkeit zum grünen Mäntelchen für die Fortschrittsvorstellungen von gestern.

Nachhaltigkeit in theologischer Perspektive fordert eine Abkehr vom Modell des grenzenlosen Wachstums. Diese wird nur dann auf Akzeptanz stoßen, wenn der Mensch sein Bedürfnis nach einem offenen, Sinn stiftenden Horizont nicht in die Zukunft projiziert, sondern ihn mitten in den Geheimnissen des Lebens zu entdecken vermag.

Das neuzeitliche Fortschrittsmodell hat seine naturphilosophische Basis in der Newton'schen Mechanik, die Zeit und Raum als leere Behälter auffasst, als etwas, das von sich her keine Richtung und keine Struktur hat, keinen Anfang und kein Ende kennt. Zeit und Raum sind lediglich Hindernisse, die es zu überwinden gilt. Die Beschleunigungsgesellschaft, die in atemlosem Tempo die Energieressourcen aus Jahrtausenden verbraucht und unser Lebenstempo durch den Imperativ „Jederzeit immer alles“ bestimmt, ist eine Konsequenz dieser Naturdeutung. Der Schöpfungsglaube sucht nach Alternativen hierzu und kann in der Prozesstheologie eine heute angemessene naturphilosophische Basis finden (Faber 2003; Vogt 2009, 323-330).

8. Zeitpolitisch: Nachhaltige Zukunft hat schon begonnen

Das Nachhaltigkeitsproblem ist ein Zeitproblem (Henrici 2002). Die menschliche Zivilisation ist heute so erfolgreich, dass sie durch ihre beschleunigte Expansion ihre eigene ökologische Nische destabilisiert (z. B. Klimaveränderungen, Verlust von fruchtbarem Boden, Reduktion der Süßwasservorräte). Die durch Entgrenzung und damit hohen Konkurrenzdruck erzeugte Beschleunigung lässt der Gesellschaft kaum Zeit für den mühsamen Prozess der öffentlichen Verständigung auf die angestrebten Ziele ihrer Entwicklung.

Man kann die atemlose Beschleunigung der postmodernen Gesellschaft als Ausdruck und Folge von Orientierungslosigkeit deuten: „Als sie das Ziel aus den Augen verloren, verdoppelten sie ihre Geschwindigkeit.“ (Mark Twain)

Das Lob der Langsamkeit, das in den Feuilletons bereits zu einem festen Topos geworden ist, bietet allerdings keinen Ausweg. Verlangsamung im Alleingang führt unter den Bedingungen moderner Gesellschaften zu selbstbestimmter Verelendung. Das Vermögen, langsam zu handeln, ist kein Selbstwert wie das, schnell handeln zu können, sondern es erhält seinen Sinn durch den Bezug auf Vorgänge in Natur und Gesellschaft, die nicht nur schnelle Aktivität, sondern auch die Fähigkeit des Wartens und der Synchronisation verschiedener Rhythmen erfordern (Haefner 2001, S. 85-89). Langsamkeit und Bedachtsamkeit sind Haltungen, in denen der Mensch nicht mit eigenen Kräften als *homo faber* agiert, sondern auf das Reifen der Saat wartet, sich sozialen und ökologischen Rhythmen anvertraut. Wer auf den Wellen der Zeit reiten will (Haefner 2001, S. 87), braucht sowohl die Fähigkeit, sich abwartend an die Langsamkeit und den Eigenzeiten mancher Prozesse anzupassen, als auch die Fähigkeit, gezielt einzugreifen und rasch zu handeln.

Letztlich steht hinter dem haltlosen Sturz unserer Beschleunigungsgesellschaft in die Zukunft eine metaphysische Einstellung. Die Kunst, sich Zeit zu lassen, braucht Zustimmung zur zeitlichen Bedingtheit und eine Verabschiedung von der Illusion, dass alle unsere Wünsche in der Zukunft erfüllt werden könnten. Wer das Leben als „letzte

Gelegenheit“ ansieht, verfällt fast unweigerlich den Imperativen der Maximierung und Beschleunigung (Höhn 2011).

Im Horizont des reinen Zweckdenkens ergibt sich automatisch eine Konzeption der Zeit als bloßer, für sich sinnleerer Zwischenraum (Haeffner 2001, S. 92). Es geht darum, der zeitlichen Bedingtheit selbst einen Sinn abzugewinnen, die Eigengeschwindigkeiten und Rhythmen des Lebens, der Natur, aber auch der Verläufe und Ereignisse unseres Lebens und des sozialen Zusammenlebens als Bestandteil ihrer Identität und Dignität zu erkennen und zu achten. Nachhaltigkeit braucht eine „Ökologie der Zeit“ (Held).

Zeitpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern soziale und ökologische Eigenzeiten berücksichtigt und schützt und sich der Entrhythmisierung der Industriekultur entgegenstellt (Held 1995). Die Achtung und Wiederentdeckung natürlicher und sozialer Rhythmen ist ein zentrales Entwicklungsprinzip der Nachhaltigkeit (Geißler 1995, S. 9). Denn Rhythmen sind das entscheidende Medium der Bindung, durch das Gesellschaften zusammenhalten und das es den Individuen ermöglicht, sich im sozialen Raum zu lokalisieren (Geißler 1995, S. 16). Unter sozialen Aspekten zielt Zeitpolitik auf Zeitwohlstand als Erhöhung der individuellen Zeitsouveränität durch selbstbestimmte Zeitgestaltung, auf eine Kultur der Zeitvielfalt, die zeitliche Monokulturen durch Vielfalt ersetzt, und auf ein Finden der rechten Zeitmaße im Umgang mit der Natur.

Literatur

- Baer, Paul; Athanasiou, Tom; Kartha, Sivan (2007): The Right to Development in a Climate Constrained World. The Greenhouse Development Rights Framework (hg. von Heinrich Böll Foundation, Christian Aid, EcoEquity and the Stockholm Environment Institute), Berlin. Im Internet unter: www.ecoequity.org/docs/TheGDRsFramework.pdf.
- BMU [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit] (Hrsg.) (1992): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente (Agenda 21, Konventionen, Rio-Deklaration, Walderklärung), Bonn.
- BUND/Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Basel.
- Bundesregierung (2008): Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Entwurf vom 5. Mai 2008, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin.
- Bundesregierung (2010): Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Kabinettsbeschluss vom 28. September 2010, Berlin.
- Bundesregierung (2011): Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Entwurf vom Mai 2012, Berlin, im Internet unter: http://www.dialog-nachhaltigkeit/pdf/Entwurf_Fortschrittsbericht_2012.pdf.
- Carlowitz, H. (2000): Sylvicultura oeconomica. Anweisung zur wilden Baum-Zucht, Reprint Freiberg (Original Leipzig 1713).
- DBK [Deutsche Bischofskonferenz] (2007): Der Klimawandel. Brennpunkt globaler intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit (Kommissionstexte 29), Bonn.
- DBK [Deutsche Bischofskonferenz] (2011): Der Schöpfung verpflichtet. Anregungen für einen nachhaltigen Umgang mit Energie, Bonn.
- Detzer, A. / Dietzfelbinger, D. / Gruber, A. / Uhl, W. / Wittmann, U. (2007): Nachhaltig Wirtschaften. Expertenwissen für umweltbewusste Führungskräfte in Wirtschaft und Politik, Augsburg.
- Diefenbacher, H. (2001): Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie, Darmstadt.
- Ekardt, Felix (2011): Theorie der Nachhaltigkeit: Rechtliche, ethische und politische Zugänge - am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel, Baden-Baden.
- Faber, R. (2003): Gott als Poet der Welt. Anliegen und Perspektiven der Prozesstheologie, Darmstadt.
- Gardner, G. (2003): Die Einbeziehung der Religion in der Suche nach einer nachhaltigen Welt, in: Worldwatch Institute (Hrsg.): Zur Lage der Welt 2003, Münster, 291-327.
- Geißler, K.-H. (1995): Das pulsierende Leben. Ein Plädoyer für die Orientierung am Rhythmus, in: Held, M. / Geißler, K. (Hrsg.): Von Rhythmen und Eigenzeiten. Perspektiven einer Ökologie der Zeit, Stuttgart, 9-18.

- Haber, W. (1994): Nachhaltige Entwicklung – aus ökologischer Sicht, in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung 7 (1), 9-13.
- Haber, Wolfgang (2010): Die unbequemen Wahrheiten der Ökologie. Eine Nachhaltigkeitsperspektive für das 21. Jahrhundert (Carl-von-Carlowitz-Reihe Band 1, hrsg. vom Rat für Nachhaltige Entwicklung), München.
- Haeffner, G. (2001): Zeitentwürfe und Eigengeschwindigkeiten, in: Brieskorn, N. / Wallacher, J. (Hrsg.): Beschleunigen, Verlangsamen. Herausforderungen an zukunftsfähige Gesellschaften, Stuttgart, 79-105.
- Heins, B. (1997): Die Rolle der Staaten für eine nachhaltige Entwicklung der Industriegesellschaften, Berlin.
- Held, M. (1995): Rhythmen und Eigenzeiten als angemessene Zeitmaße. Perspektiven einer öko-sozialen Zeitpolitik, in: Held, M. / Geißler, K. (Hrsg.): Von Rhythmen und Eigenzeiten. Perspektiven einer Ökologie der Zeit, Stuttgart, 169-191.
- Henrici, P. (2002): Il senso cristiano del tempo: Prospettive per un nuovo ordinamento del lavoro e del riposo in una società, in: Ufficio Nazionale per i Problemi Sociali e il Lavoro (Ed.): Notiziario N. 4 (Dezember 2002), 130-150.
- Höffe, O. (1993): Moral als Preis der Moderne. Ein Versuch über Wissenschaft, Technik und Umwelt, Frankfurt.
- IPCC [Intergovernmental Panel on Climate Change] (2007): Climate Change Fourth Assessment Report, Nairobi (www.ipcc.de).
- Korff, W. (1997): Schöpfungsgerechter Fortschritt. Grundlagen und Perspektiven der Umweltethik, in: Herder-Korrespondenz 51, 78-84.
- Krebs, Angelika (Hg.) (2000): Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik, Frankfurt/M.
- Luhmann, N. (2000): Die Religion der Gesellschaft, Frankfurt.
- Münk, H. (1999): ‚Starke‘ oder ‚schwache‘ Nachhaltigkeit? Theologisch-ethische Überlegungen zur ökologischen Grundkomponente des Sustainability-Leitbilds, in: Zeitschrift für Evangelische Ethik [ZEE] (43. Jg.), 277-293.
- Ostheimer, J. / Vogt, M. (2004): Gesellschaftsvisionen im ökologischen Diskurs, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften 45, 109-141.
- Ott, K. / Döring, R. (2004): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit, Marburg.
- Pauer-Studer, Herlinde (2000): Autonom leben. Reflexionen über Freiheit und Gleichheit, Frankfurt/M.
- Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung/Institut für Gesellschaftspolitik München/Misereor/Münchner Rück-Stiftung (2010): Global aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen, München.
- Reis, O. (2003): Nachhaltigkeit – Ethik – Theologie. Eine theologische Beobachtung der Nachhaltigkeitsdebatte (Forum Religion & Sozialkultur B 18), Münster.
- Renn, O. (2008): Risk Governance. Coping with Uncertainty in a Complex World (Risk, Society and Policy), London.
- Schanz, H. (1996): Forstliche Nachhaltigkeit. Sozialwissenschaftliche Analyse der Begriffsinhalte und -funktionen, Freiburg.
- Sloterdijk, Peter (2009): Du mußt dein Leben ändern. Über Anthropotechnik, Frankfurt 2009.
- SRU [Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen]: Umweltgutachten 2002. Für eine neue Vorreiterrolle, Stuttgart.
- Uekötter, F. (2009): Nachhaltigkeit – historisch, in: Vogt/Uekötter/Davis: Prinzip Nachhaltigkeit: ethische Fragen im interdisziplinären Diskurs, München, 11-24.
- UNEP [United Nations Environment Programme] (1999): Global Environment Outlook 2000, Nairobi.
- Vogt, M. (2009): Prinzip Nachhaltigkeit. Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive, München.
- Vogt, M. (2010): Climate Justice (Schriften des Rachel Carson Center 3), München.
- Vogt, M. / Uekötter, F. / Davis, M. (2009): Prinzip Nachhaltigkeit: ethische Fragen im interdisziplinären Diskurs, München.
- Weikard, H.-P. (2001): Liberale Eigentumstheorie und intergenerationelle Gerechtigkeit, in: Birnbacher, D. / Brudermüller, G. (Hrsg.): Zukunftsverantwortung und Generationensolidarität, Würzburg, 35-46.
- Weizsäcker, E. U. v. / Lovins, A. / Lovins, L. (1995): Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch. Der neue Bericht an den Club of Rome, München.
- Wulsdorf, H. (2005): Nachhaltigkeit. Ein christlicher Grundauftrag in einer globalisierten Welt, Regensburg.